



## **Schriftliche Anfrage**

der Abgeordneten **Annette Karl, Margit Wild SPD**  
vom 31.07.2020

### **Unterstützung nach Abzug amerikanischer Soldaten**

Im Zuge des angekündigten Abzugs von fast 12 000 amerikanischen Soldaten aus Deutschland, die in Bayern die Standorte Vilseck und Grafenwöhr betreffen, hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, dass die betroffenen Kommunen Unterstützung erhalten sollen.

Wir fragen die Staatsregierung:

1. An welche Unterstützungsmaßnahmen für die Kommunen hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder in diesem Zusammenhang gedacht?..... 2
2. Soll es eine besondere Fortbildungsgesellschaft für die Zivilbeschäftigten geben, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden? ..... 2
3. Soll es ein Entwicklungskonzept für die dann frei werdenden Liegenschaften geben? ..... 2

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

# Antwort

der Staatskanzlei  
vom 31.08.2020

1. **An welche Unterstützungsmaßnahmen für die Kommunen hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder in diesem Zusammenhang gedacht?**
2. **Soll es eine besondere Fortbildungsgesellschaft für die Zivilbeschäftigten geben, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden?**
3. **Soll es ein Entwicklungskonzept für die dann frei werdenden Liegenschaften geben?**

Die Staatsregierung hat die von der US-Regierung verkündeten Pläne für eine Truppenreduzierung in Deutschland, die auch die bayerischen US-Standorte in Vilseck und Grafenwöhr betreffen sollen, mit Bedauern aufgenommen. Die US-Stationierungen in Deutschland und Europa sind von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Der Raum Oberpfalz bietet den US-Streitkräften optimale Rahmenbedingungen, um ihren militärischen Auftrag bestmöglich zu erfüllen. Die Abzugspläne sind deshalb aus Sicht der Staatsregierung nicht nachvollziehbar. Dies hat die Staatsregierung auch gegenüber der Bundesregierung und der US-Seite zum Ausdruck gebracht.

Die Staatsregierung steht seit Bekanntwerden der Abzugspläne im engen Austausch mit dem Bund und den US-Streitkräften. Nach den vorliegenden Informationen handelt es sich bei den bisher mitgeteilten Abzugsplänen lediglich um ein Konzept, für dessen Umsetzung noch keine genauere militärische Planung besteht. Es ist daher aktuell noch unklar, in welchem Zeitrahmen von welchem Standort tatsächlich welche Truppenkontingente abgezogen werden. Pläne für eine Aufgabe von Militärliegenschaften der US-Streitkräfte in Bayern sind bislang nicht bekannt.

Die gezielte Unterstützung der von den Abzugsplänen betroffenen Standorte und möglicherweise betroffener Zivilbeschäftigter der US-Armee ist der Staatsregierung ein wichtiges Anliegen. Sie steht hierzu bereits in ersten Gesprächen u. a. mit Kommunen, Landkreisen, Arbeitnehmervertretern und der Bundeswehr. Nähere Aussagen zur Erforderlichkeit und Ausgestaltung von Unterstützungsmaßnahmen werden jedoch erst möglich sein, sobald weitere Einzelheiten der US-Abzugsplanung feststehen.